

## Information

### gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – PC - Wahlen

In Ausübung der des Bereiches „Allgemeine Ordnungs- und Straßenverkehrsangelegenheiten: hier Wahlbüro“ der Stadt Frankfurt (Oder) obliegenden Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten gemäß Art. 13 DSGVO ist Ihnen das Folgende mitzuteilen:

#### **1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:**

Amt für Ordnung und Sicherheit der Stadt Frankfurt (Oder), Abteilung Allgemeine Ordnungs- und Straßenverkehrsangelegenheiten - Wahlbüro  
Goepelstraße 38  
15234 Frankfurt (Oder)  
Tel.: (0335) 552 3202  
Telefax: (0335) 552 3299  
e-mail: [ordnungsamt@frankfurt-oder.de](mailto:ordnungsamt@frankfurt-oder.de)

#### **2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:**

Stadt Frankfurt (Oder)  
Datenschutzbeauftragter  
Marktplatz 1  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel.: 0335- 552-3005  
Telefax: 0335-3099  
e-mail: [datenschutzbeauftragter@frankfurt-oder.de](mailto:datenschutzbeauftragter@frankfurt-oder.de)

#### **3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die Wahlbehörde darf gemäß der ihr durch Gesetz oder Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben, Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten, übermitteln und speichern, insbesondere für die Berufung von Wahlhelfern, Kandidaten für die anstehende Wahl, Übermittlung der Wahlergebnisse, Bearbeitung der Widersprüche und Klagen in den Verwaltungsverfahren gemäß dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO):

- Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union, zwischenstaatlichen Vereinbarungen oder innerstaatlichen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Durchführung von Wahlen, auch im Rahmen grenzüberschreitender Zusammenarbeit (Wahlrecht von EU-Bürgern)
- Durchführung von Verwaltungsverfahren, Berufung von Wahlhelfern einschließlich Einrichtung einer Wahlhelferdatei, Berufung von Wahlausschüssen
- Erfassung von Kandidaten für die jeweilige Wahl einschl. der Wahlvorschlagsträger
- Erfassung der Wahlergebnisse

#### Rechtsgrundlage:

Für die jeweilige Wahl geltende Rechtsvorschrift (EuWG, EuWO, BWahlG, BWO, BbgLWahlG, BbgLahIV, BbgKWahlG, BbgKWahlIV, VAGBbg, VVVBbg)

#### **4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten**

Dies sind die Antragsteller, Grundstückseigentümer, am Verfahren Beteiligte gemäß § 13 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), die behördeninternen Mitarbeiter anderer Dienststellen und die an den in Ziffer 3 genannten Verfahren beteiligten Behörden und Stellen, Bundes-, Landes-, Kreis- und Stadtwahlleiter, Landesamt für Statistik Berlin/Brandenburg, sowie die Gerichte und die im Auftrag der Stadt

Frankfurt (Oder) tätige IT-Dienstleistungsfirma, die die für die Datenverarbeitung verwendete Software installiert und pflegt.

## **5. Dauer der Speicherung**

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt so lange, wie es zu der Aufgabenerfüllung notwendig ist bzw. wenn der Speicherung nicht widersprochen worden ist.

## **6. Betroffenenrechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.

- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der unteren Wasserbehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

## **7. Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der

Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht  
Stahnsdorfer Damm 77  
14532 Kleinmachnow  
Tel.: 033203-356-0  
Telefax: 033203/356-49  
e-mail: [Poststelle@LDA.Brandenburg.de](mailto:Poststelle@LDA.Brandenburg.de)

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.